



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

369 (14.8.1923) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-212372](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-212372)

Englands Kritik an der Ruhraktion

1871 - 1923 - Deutschlands Leistungen - Die europäische Gefahr Die Frage der interalliierten Schulden

Der Schluß der britischen Note

an Frankreich und Belgien lautet:

Die Parallele, die die französische Regierung mit der deutschen Aktion von 1871 zu ziehen sucht, könne schwerlich aufrecht erhalten werden. Deutschland habe sich zwar gemeinert, die französischen Departements, die es mit seinen Streitkräften besetzt hätte, zu verlassen, bevor eine Entschädigung von fünf Milliarden Mark bezahlt war; diese Befreiung sei jedoch ausdrücklich in den Präliminarien des Friedensvertrages von 1871 vorgesehen gewesen. Keine gleiche Autorisierung könne im Falle des Ruhrgebietes angeführt werden. Eine Analogie in dem gegenwärtigen Falle sei die Befreiung des linken Rheinufer, wie sie durch den Vertrag von 1815 vorgegeben sei. Außerdem könne darauf hingewiesen werden, daß die noch dem kurzen Feldzug von 1870/71 erfolgte Bezahlung der Kriegsschuldung im Werte von vier Milliarden Goldmark nicht in Betracht gezogen werden könne mit einer 33mal so großen Forderung an ein Land, das finanziell durch einen vier Jahre dauernden Krieg erschöpft wurde. Die Leistung, mit der 1871 die Frankreich auferlegte Entschädigung bezahlt wurde, sei zum großen Teil das Ergebnis der Krediterschließung gewesen, die Frankreich zu erhalten in der Lage war. Deutschland habe andererseits unter der vollkommenen Unfähigkeit, auswärtige Anleihen zu erhalten, gelitten. Außerdem habe ein langer Zeitraum bestanden, bis eine Regelung der Reparationen bestimmt wurde. Obgleich die britische Regierung keineswegs von den Reparationsleistungen abstehe, sei es fair zu erklären, daß Deutschland tatsächlich an Reparationskosten für die Besatzungsarmee mehr als den doppelten Beitrag bezahlt hat, der von Frankreich 1871 gefordert wurde, und auch noch beträchtliche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Clearingdienst verschiedenen anderen geleistet hat.

Die französische Regierung befindet sich in einem Irrtum, wenn sie der britischen Regierung den Vorschlag zuschreibt, daß zugleich mit dem an Deutschland zu gebenden Rat, den passiven Widerstand aufzugeben, das Ruhrgebiet zu normalen Produktionsbedingungen zurückgebracht werden muß. Die Anregung, die in der britischen Note vom 20. Juni gemacht wurde, sei gewesen, daß Vorschläge gemacht werden sollten für die Zurückführung des Ruhrgebietes in eine Lage, die es zu einem Gebiet fruchtbarer Produktion statt zu einem Gebiet internationalen Streites macht. Die britische Regierung müsse das Gefühl der Ueberraschung und Enttäuschung ausdrücken über die Schwierigkeiten, die die französische und die belgische Regierung annehmen darin fanden, einem so vernünftigen und vorteilhaften Vorschlag zuzustimmen. Obgleich in Worten von gewisser Unbestimmtheit zum Ausdruck gebracht wurde, daß Frankreich und Belgien, wenn sie überzeugt sind, daß der passive Widerstand aufgehört hat, gemeinsam beraten können, wie weit sie es möglich finden könnten, die Post zu erleichtern, die die militärische Besetzung des Ruhrgebietes dem Gebiete auferlegt, so werde doch nichts Greifbares vorgeschlagen, das irgend eine Hoffnung darauf eröffnen würde, daß die Besetzung beendet wird, selbst wenn der zugegebene Zweck des Brechens des deutschen passiven Widerstandes erreicht worden ist.

Die britische Regierung sei der Ansicht gewesen, daß sie wollte Rückblick auf die Lage Frankreichs und Belgiens nimmt und auch die wirksame Garantie fertiggestellter gleichmäßiger Zahlungen sichert, wenn sie vorschlägt, daß die Besetzung auf natürlichem Wege zu Ende gehen solle von dem Augenblick an, da Garantien über die Zahlung der Reparationen in Form von Waren und Dienstleistungen gegeben sind, die wirtschaftlich weniger schädlich und in wirksamer Weise produktiv sind als die Besetzung des Ruhrgebietes, nicht nur gefunden und erreicht sind, sondern auch in betriebender Weise wirken. Sogar diesem Vorschlag werde eine endgültige Erklärung entgegengehalten. Sowohl die französische als die belgische Regierung erklärten nachdrücklich, daß eine Räumung nicht in Frage komme, außer im Verhältnis zur Leistung von Zahlungen durch die deutsche Regierung. Eine vollständige Räumung sei annehmbar nicht denkbar, bevor die gesamten deutschen Reparationsverpflichtungen vollständig geleistet seien.

Die wiederholt dahingehende Erklärung, verbunden mit dem Befehlen darauf, daß die gesamte Summe von 132 Milliarden unvermindert bezahlt wird, könne nur ausgelegt werden als Mißverständnis, die Besetzung des Ruhrgebietes für eine Anzahl von Jahren aufrecht zu erhalten, die im besten Falle nicht weniger sein können, als 20 Jahre, da dies der Mindestzeitraum ist, über den die Zahlungen der Schulden auf Grund des Zahlungsplanes verteilt sind, der, da allgemein für unabweisbar gehalten wurde, daß die vollständige Durchführung des Zahlungsplanes unter irgendwelchen Umständen möglich sei auf unbestimmte Zeit, wenn nicht für dauernd festgelegt werden könne. Einer derartigen Lage, deren politische Folgen, ganz abgesehen von den wirtschaftlichen, nur als katastrophale bezeichnet werden könnten, könne von der britischen Regierung nur mit der größten Besorgnis betrachtet werden. Sie würde die lebhafteste Gefahr herausbekennen, da internationale Beziehungen in irgend einer Weise berührt würden und die, um die Worte des 11. Artikels des Völkerbundes

bens des Originaltextes der besonderen Antwort an Italien beobachtet man noch eine gewisse Zurückhaltung im Urteil, doch ist der allgemeine Eindruck offenbar günstig. Namentlich im Baltikum ist die Londoner Rundgebung mit unverhohlenen Belustigungen aufgenommen worden.

Ueber die Aufnahme der englischen Note durch Belgien meldet der Brüsseler Korrespondent des „Journal des Debats“, daß die offiziellen Kreise große Zurückhaltung an den Tag legen. Man mache aber kein Hehl daraus, daß man zwar auf eine sehr heftige Opposition gegen die französisch-belgische These, nicht aber auf diese faule Dusch geachtet gewesen sei, wie man sie von England erhalten habe. Der einzige Mischling der englischen Note sei, daß sie die Tür zur Wiederaufnahme der Verhandlungen nicht völlig zuschlage.

Ein französisches Gelübde

Die französische Regierung wird in aller nächster Zeit, vielleicht schon heute, ein Gelübde veröffentlichen, das alle Mitteilungen mündlicher und schriftlicher Art zwischen der französischen und der englischen Regierung bezüglich der von den alliierten Regierungen auf die deutsche Note zu erlassenden Antwort enthält. Die Sammlung werde in gewissen Punkten vollständiger sein als das von der englischen Regierung veröffentlichte Gelübde. Es werde aber die letzte englische Note nicht enthalten. Die Überlieferung dieser Note werde ausschließlich später veröffentlicht werden und zwar zu gleicher Zeit mit der Antwort, die der französische Ministerpräsident darauf erteilen werde. Nach dem „Intranseant“ wird die französische Regierung auf die englische Note eine Antwort erteilen, die in ungefähr acht Tagen nach London abgehen werde.

Die Londoner Presse

Die britische Note an Frankreich und die Ereignisse in Deutschland erzeugen in der Presse großes Aufsehen. Die Blätter betonen insbesondere, daß die französisch-belgische Ruhrbesetzung von der britischen Regierung für unangelegentlich erklärt werde und haben den britischen Hinweis auf eine Separation und die Forderung nach Bezahlung der französischen Schuld an Großbritannien hervor. Der „Daily Express“ schreibt, die britische Note enthalte weitreichende, unerwartete Möglichkeiten für die Zukunft Europas. Die „Times“ führt aus: Die ersten Differenzen, welche die britische Note augenblicklich von der französisch-belgischen trennen, werden jetzt der Welt klar auseinandergelegt. Die Note ist hart, jedoch nicht zu hart. Es war hohe Zeit, daß eine so klare Darstellung des britischen Standpunktes erfolgte. Die „Times“ drückt anfänglich der Lage in Deutschland die Befürchtung aus, das gesamte Problem, das in der britischen Note so sorgfältig auseinandergesetzt wurde, erweise in einer neuen, völlig unvorhergesehenen politischen Lage. Wenn Großbritannien handeln wolle, müsse es rasch handeln, aus eigenem Interesse und im Interesse Europas. Eine schwere Verantwortung liege auf der britischen Regierung.

„Daily Chronicle“ betont, daß es der Welt zweifellos klar gewesen wäre, wenn die Ansicht der britischen Regierung, daß die Ruhrbesetzung einen Bruch des Versailler Vertrages darstelle, hartnäckig und öffentlich kundgemacht worden wäre, bevor die Invasion erfolgte. Die Zukunft müsse zeigen, wie weit die britischen Regierungsbürokraten bereit seien, ihre Ansicht mit der Tat zu verteidigen.

Vorläufige Einstellung der Sachlieferungen an die Alliierten

Die Reichsregierung ist gezwungen, vorübergehend die im Versailler Vertrag vorgesehenen Sachlieferungen auch an England, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Portugal und Rumänien einzustellen, da gerade deren Finanzierung des Budgetdefizits und die Inflation zum wesentlichen Teil hervorgerufen hat. Allein die bis jetzt übernommenen und noch nicht gezahlten und gelieferten Leistungen erfordern bei dem jetzigen Stand eine Aufwendung von rund 300 Millionen Papiermark.

Der Entschluß der Reichsregierung bedeutet keineswegs eine endgültige Einstellung der Reparationsleistungen. Die nach dem Versailler Vertrag erforderlichen Sachlieferungen werden vielmehr wieder aufgenommen werden, sobald Reichsfinanzen und Währung es gestatten. Das Reichsministerium für Wiederaufbau hat deshalb unter dem 11. August eine Bekanntmachung erlassen, der zufolge der freie Sachlieferungsverkehr vorläufig eingestellt wird. Die bis zum 11. August genehmigten Verträge werden noch ausgeführt. Dagegen werden Verträge, die bis zum 11. August die endgültige Genehmigung der Reparationskommission nicht erhalten haben, von der deutschen Regierung nicht ausgeführt.

Der Reichstag

beschloß, dem Gesetz über die wertbeständige Münze zuzustimmen, wenn der Reichstag es in der von seinem 11er-Ausschuß vorgeschlagenen Fassung zum Beschluß erhebt. Dem Entwurf von Verordnungen über eine weitere Erhöhung der Unterstützung für Rentnerpflüger der Invaliden- und Angehörigenversicherung und über Höchstätze in der Gewerkschaftsversicherung wurde zugestimmt. Auch den Beschlüssen über die Erhöhung der Post-, Volkswirtschafts- und Telegraphen-Gebühren, sowie über die Fernsprechngebühren erteilte der Reichstag seine Zustimmung. Da der Ausschuß der Reichsfinanzverwaltung sich auf rund 20 Billionen beläuft, muß systematisch eine Erhöhung der Gebührensätze vorgenommen werden. Das Wort für den Fernruf wird auf 20 000 M. festgesetzt.

Je weniger jemand ist, je mehr Stolz wird er haben und je geiziger wird er sein, an anderen Fehler, gute Eigenschaften aber nicht zu bemerken.

zum vorbrugen Eintritt gesucht. Wg. u. H. R. 18 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Buchhalter

energisch und umsichtig, als Stütze des Abteilungsleiters einer größeren Fabrik der chemischen Branche in Darmstadt zum mögl. baldigen Eintritt

gesucht.

Umfangreiche Kenntnisse im gesamten Buchhaltungswesen einseh. Stillsitz Bedingung. Herren mit guter Allgemeinbildung und langjähriger Praxis wollen ausführliche Angebote mit Lebenslauf unter F. K. W. 365 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M. einreichen.

Tüchtige, jüngere Bankbeamte

von hierigem

Privatbankhaus

per sofort oder später bei guter Bezahlung gesucht

Angebote und D. J. 128 an d. Geschäftsstelle dieses Blattes einreichen. 5856

Kunst und Wissenschaft

Robold Witten, Heidenbühlener des Mannheimer Nationaltheaters, wurde vom „Deutschen Schiffsbund“ zur Darstellung des „Teufels“ des „Werkes vom Strahl“ im „Räucher“ von Heidenbühl und des „Jafon“ in Grillparzers „Reben“ bei den Festspielen auf dem Hohenloheberg ernannt.

Die Familie Coolidge. Calvin Coolidge, der neue Präsident der Vereinigten Staaten, stammt aus einer Familie, die zu den ältesten englischen Kolonisten-Geschlechtern in Amerika gehört. Die Coolidges haben in der amerikanischen Geschichte eine nicht unbedeutende Rolle gespielt, der neue Präsident ist stolz auf seine Abstammung und hat sich selbst eingehend über seine Vorfahren geäußert. Nach den Angaben von Dr. Henry Bond in seiner Geschichte der ältesten englischen Siedler läßt sich das Geschlecht in der alten Heimat bis ins Jahr 1287 zurückverfolgen, in dem Walter und Ralph Coolidge in den Steuerunterlagen von Cambridge als Landbesitzer erschienen. In der Zeit Heinrichs VIII. wohnte die Familie in dem englischen Ort Kerlington und genoss nach den erhaltenen Testamenten Ansehen und war wohl begütert. Der erste amerikanische Coolidge, der den traditionellen Familiennamen John führte, landete 1630 an der Küste von Neuengland und war bei der Gründung der Stadt Watertown in Massachusetts beteiligt. Er übte den Beruf eines Schneiders aus und erwarb sich bald einen Wohlstand. Verschiedene seiner Nachkommen erschienen in den wichtigen Momenten der amerikanischen Geschichte. Mehrere Coolidges sind bei der Revolution, erzählt Coolidge selbst, war Oberst Samuel Bowler, der bei Bunker Hill fiel. Kapitän Joseph Coolidge fiel bei Lexington. Er war aus Watertown und der einzige Mann aus dem Ort, der an diesem Tage, am 19. April 1775, sein Leben ließ. Sein Urohn war einer der ersten Siedler, die sich im Connecticut-Tal niederließen. Er kam etwa 1780 nach Vermont. Die ersten Coolidges in Vermont waren Holzhändler und Viehzüchter. Es gibt noch verschiedene alte Überlieferungen aus jener Zeit in unfernen alten Familienhaus in Watertown und Geräte, die vor mehr als 100 Jahren zum Kochen benutzt wurden. Auch ein uraltes Spinnrad ist noch da. Die Ahnenreihe des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges enthält eine Unmenge Leute mit dem Namen John Coolidge. Mein Vornamen Calvin ist ursprünglich ein Familienname gewesen, nämlich der meines Urohnens. Die Coolidges haben oft im Staatsdienst gestanden. Ein Vorfahr, Carlos Coolidge, war Gouverneur von Vermont im Jahre 1849, ein anderer T. Jefferson Coolidge, hatte dieses Blattes erinnerungswürdiger Gehälter in Frankreich.

hochachtungsvoll. Einen kühnen Besuch hat die Freiburger Universität durch den Heimgang des Herrn Prof.

pattes zu gebrauchen, den internationalen Frieden und das gute Einvernehmen zwischen den Nationen, von denen der Frieden abhängt, zu stören drohen. Die britische Regierung könne nicht glauben, daß die französische und belgische Regierung in der Lage sein werde, die Meinung der Welt hinsichtlich der unbeschränkten Wiederverkehrung einer so gefährlichen Lage unberücksichtigt zu lassen.

Von der Besetzung des Ruhrgebietes geht bereits unmittelbar und mittelbar eine ernste Wirkung auf die wirtschaftliche und industrielle Lage nicht nur von Deutschland aus, sondern auch im übrigen Europa, wenn nicht in der ganzen Welt und nicht zum wenigsten in England.

In der Note vom 21. Juli habe die britische Regierung nicht vorgeschlagen, daß, um zu einem umfassenden Plan für die Abnahme und finanzielle Regelung zu gelangen, die interalliierten Erörterungen mit so wenig Verzug als möglich voranzutreiben. Einen derartigen Plan zu erörtern, könne nur von dem Charakter haben, den sie in ihrer Note begründet. Die britische Regierung frage, indem sie die Opportunität und Begünstigung des Vorschlags in Frage stelle, ob der Plan die Frage der alliierten Schulden einschließen werde. Die britische Regierung mache gerne von dieser Gelegenheit Gebrauch, ihre Haltung in dieser Frage auseinanderzusetzen. Es sei ein Memorandum über die Frage der Note beigefügt.

Der Hauptgrund des britischen Planes ist, daß Großbritannien bereit sei, seine Forderungen an die Alliierten und Deutschland zusammen an eine Summe von annähernd 142 Milliarden Goldmark zu beschränken, welche Summe den ausstehenden Wert der vor kurzer Zeit hunderten britischen Schulden an die amerikanische Regierung darstelle. Ein Zugeständnis, das die britische Regierung mit Bezug auf die alliierten Schulden vielleicht anbieten könne, müsse demgemäß in hohem Grade abhängig sein von dem Teil dieser Summe, die sie erhalten könne von Deutschland. Die Zugeständnisse könnten also nur gemacht werden, wenn eine allgemeine Reparationsregelung, auf die die britische Regierung dringe, getroffen sei und zwar derart, daß die britische Regierung ihren Anteil an den deutschen Zahlungen als ein Guthaben von wirklich finanziellen Wert ansehen könne. In diesem Zweck müßte der erste Schritt sein, die Höchstsumme festzusetzen, die die Alliierten vernünftigerweise von Deutschland zu erhalten hoffen könnten. Sie müßte von Verhandlungen gefolgt oder begleitet sein, die eine wirksame Wiederaufrichtung der Finanzen und des Kredits Deutschlands mit einer bestimmten Grundlage sichern und die künftige Zahlung der deutschen Schuld garantieren werden.

Der Schriftwechsel der Alliierten

Das Gelübde, das auch die britische Note enthält, bringt den Schriftwechsel mit den Alliierten seit dem 7. Juli, wo Deutschland sich erbot, die Entscheidung eines unparteiischen internationalen Tribunals über die Höhe der Reparationen und die Zahlungsmethode anzunehmen. In dem Schreiben an die Alliierten vom 13. Juni bestand Curzon auf der Notwendigkeit, dem Inhalt einer Konferenz eines endgültigen Plan für die Regelung der ganzen Reparationsfrage anzuschließen. Unter dem 20. Juni hat er hervor, daß wenn man Zahlungen von Deutschland erhalten wollte, Deutschlands Kredit wiederhergestellt, seine Währung stabilisiert, sein Budget ausgeglichen und seine Produktion ermutigt werden müßte. Curzon erklärte, daß die Reparationen, die man sich im Jahre 1921 vorgenommen hätte, nicht mehr der Wirklichkeit der Lage entsprechen. Er fügte hinzu, daß die Besetzung des gesamten Ruhrgebietes außerhalb der Versailler Vertrag festgesetzten Grenzen ein Ende nehmen müßte, sobald die deutschen Sicherheiten und Garantien wirksam gestaltet seien. Der britische Entwurf für eine gemeinsame Antwort der Alliierten an Deutschland erkannte die Notwendigkeit an, Deutschlands Verbindlichkeiten seiner Zahlungsfähigkeit anzupassen und sagte, daß wenn die alliierten Regierungen bereit seien anzunehmen, sich positive Ergebnisse ergeben könnten aus der Prüfung der Frage durch unparteiische Sachverständige unter amerikanischer Mitwirkung vorausgesetzt, daß nichts unternommen würde, was mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages unvereinbar wäre. Curzon erklärte, daß keine Garantien für die vollständige Erfüllung der deutschen Verbindlichkeiten genügen würde ohne irgend eine Form internationaler Kontrolle der deutschen Finanzverwaltung. Der Entwurf der Antwort war der deutschen Regierung vor, den passiven Widerstand an der Ruhr mit voller Unterstützung organisiert zu haben, und er ist, wie die Dringlichkeit, sofort zurückzuziehen und alle Akte von Gemütskrankheiten und Sabotage offen zu machen.

Dr. Alfred Dönan erlitten, der acht Tage nach einer glücklich verlaufenen Operation im 64. Lebensjahr verstorben ist. Prof. Dönan hat der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät zwei Vorträge angehört. Seine Beerdigung umfaßte die Gebiete der Mineralogie, Kristallographie und Petrographie. Unter den literarischen Veröffentlichungen des Verstorbenen ist besonders wertvoll das in mehreren Auflagen erschienene Werk: Beiträge zur chemischen Petrographie. — Die Vorstehenden der Landesverbände Bayern, Baden, Württemberg, Hessen und Thüringen des Deutschen Paläontologischen Vereins sind zu dem Zweck zusammengekommen, die Beziehungen der paläontologischen Wissenschaften zu den anderen naturwissenschaftlichen Disziplinen zu klären und die paläontologischen Wissenschaften zu fördern. Der Zweck der Konferenz war, die paläontologischen Wissenschaften zu fördern und die Beziehungen der paläontologischen Wissenschaften zu den anderen naturwissenschaftlichen Disziplinen zu klären und die paläontologischen Wissenschaften zu fördern.

Die amerikanische Forscher Chapman Andrews in China und den angrenzenden Ländern damit beschäftigt, Reste der vorhistorischen Tierwelt auszugraben. Der amerikanische Geologe ist der Überzeugung, daß in Zentralasien und in Mongoleen besonders ergiebige Gruben von fossilen Tieren vorhanden sind, da seiner Theorie Zentralasien die eigentliche Geburtsstätte der Tierwelt war, und daß von da aus Europa und Amerika bevölkert worden ist. Diese Ansicht beruht auf der Annahme, daß in früheren Zeiten Amerika und Asien durch eine Landbrücke verbunden waren. Gegenwärtig führt der amerikanische Forscher die dritte Expedition dieser Art aus. Er ist in der Gobi-Wüste etwa 600 Meilen nordöstlich von Peking mit Ausgrabungen beschäftigt. Seinem Bericht zufolge hat er dort ein unerwartet reiches Lager von großen und kleinen Knochen des Uralters Dinosauros gefunden. Seine Ansicht nach würden viele Monate nicht hinreichen, um das gesamte Lager zu erschöpfen. Vorkünftig sind zwei vollständig erhaltene Skelette geborgen worden und wichtige Teile von vielen anderen Skeletten. Der Dinosauros war ein pflanzenfressendes Tier der Urwelt und die von ihm aufgefundenen Knochen haben ein Alter von fünf Millionen Jahren. Alle Funde sind großartig erhalten. Die Funde gleichen den Überresten, die man in Europa von dem Dinosauros gefunden hat und es ist damit wohl der Beweis erbracht, daß sich dieses Tier von Zentralasien aus über Europa verbreitet hat. Gegen 50 Weiten weiter südlich ist ein Teil der Expedition damit beschäftigt, Knochenrüder zu durchsuchen, in denen Überreste von fossilen einer früheren Zeit in großer Menge lauern. So hat man dort den Schädel eines Neobambaneros gefunden, dessen Alter man auf 3 Millionen Jahre schätzt.

Städtische Nachrichten

Gemeindezuschläge

zur Wertzuwachs- und Grunderwerbsteuer

Der Stadtrat beschloß, der dem Bürgerausschuß in seiner heutigen Sitzung zur Genehmigung vorliegt, ist von uns schon bekannt gegeben worden. Aus der Begründung der Stadtratslichen Vorlage sei noch folgendes wiedergegeben:

Das Reichsgesetz vom 14. Februar 1911 befreite den bei einem Rechtsstreit festgestellten Wertzuwachs an Grundstücken mit einer Steuer von 10 Proz. des Zuwachses, wenn dieser nicht mehr als 10 Proz. von 11-30 Proz., wenn der Zuwachs mehr als 10 Proz. bis mehr als 200 Proz. beträgt. Von dieser Steuer erließen ursprünglich das Reich 50 Proz., das Land 10 Proz. und die örtlich zuständigen Gemeinden 40 Proz. Die Gemeinden konnten mit Staatsgenehmigung beschließen, daß zu ihrem Anteil von 40 Proz. der Reichsteuer für ihre Rechnung ein Zuschlag zu erheben sei, der aber 100 Proz. dieses Anteils nicht übersteigen dürfe. Ebenso durften Reichsteuer und Gemeindezuschlag zusammen nicht mehr als 30 Proz. der Wertsteigerung in Anspruch nehmen. Am 1. Juli 1913 ab blieb durch Reichsgesetz der ursprüngliche Anteil an der Grunderwerbsteuer unerhöht. Durch Landesgesetz oder in Gemäßheit des Landesrechts durch Ortsstatutarische Vorschrift konnte eine andere Regelung der Besteuerung des Wertzuwachses getroffen werden. Von dieser Befugnis hat der badische Staat keinen Gebrauch gemacht. Am 29. Januar 1923 beschloß die Stadt Mannheim die Erhebung des Zuschlags von 100 Proz. zum Gemeindeanteil an der Reichsteuer mit Wirkung vom 1. März 1920 ab. § 16 des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. Juni 1923 bestimmt mit Wirkung vom 3. Juli 1923 ab, daß im Falle der Erhebung einer Wertzuwachssteuer durch Länder und Gemeinden zur Feststellung des steuerbaren Wertzuwachses bei dem Erwerb und Verkaufspreis die innere Kaufkraft der Mark an beiden Zeitpunkten die Grundlage der Wertbemessung bilde. Die Überwälzung dieses Grundsatzes in die Praxis würde fast unüberwindliche Schwierigkeiten verursachen, finanziell jedenfalls vorerst ein völliges Versagen der Steuerquelle bedeuten. Es lag deshalb nahe, wenigstens solange, bis eine gewisse Stabilisierung der Mark erreicht ist, die Wertzuwachssteuer außer Achtung zu lassen und die Gemeinden für den entstehenden Einnahmehausfall auf einem ebenfalls durch das Finanzausgleichsgesetz gemeinamen Weg möglichst schloß zu halten.

Nach dem Reichsgesetz vom 12. September 1919 wird beim Liebergang des Eigentums an inländischen Grundstücken eine Grunderwerbsteuer von 4 Proz. des gemeinen Werts der Grundstücke, von Grundstücken der toten Hand nach Ablauf von 20 Jahren seit der Bindung des Grundbuchs eine Steuer von 2 Proz. dieses Wertes erhoben. Vom Ertrag der ersten Steuer erholt das Reich die Hälfte, vom Ertrag der zweiten drei Viertel. Die Länder und mit ihrer Genehmigung die Gemeinden konnten zur anzuwendenden Reichsteuer für ihre Rechnung Zuschläge bis zu 2 Proz. des gemeinen Werts erheben, wozu höchstens die Hälfte auf das Land entfallen durfte. Das Landessteuergesetz vom 30. März 1920 übertrug diese Bestimmung und ergänzte sie dahin, daß Gemeinden, in denen bereits vor 1. Januar 1918 Abgaben von Grundbesitzbesitzern bestanden, Übergangsweise (bis 31. März 1923) 1/2 vom Ertrag der Reichsteuer als Sonderzuweisung erhalten. Baden bestimmte durch Gesetz vom 22. Juli 1920, daß der vom Reich nicht beanspruchte Teil der Grunderwerbsteuer (1/2 der allgemeinen Steuer, 1/2 der Steuer vom Grundbesitz der toten Hand) soll in die Landeskasse fließen, andererseits die Gemeinden ermächtigt sein, die Reichsteuernzuschläge in Höhe von 2 Proz. der allgemeinen Grunderwerbsteuer und von 1 Proz. der Steuer vom Grundbesitz der toten Hand ganz für sich zu erheben. Diese Regelung blieb auch nach dem Steuerreformgesetz vom 4. August 1921 in Geltung. Damit war der von der Stadt Mannheim schon am 5. Februar 1922 beschlossene Beschluß, vom 1. Oktober 1919 ab einen Gemeindezuschlag mit 2 Proz. des Wertes von Grunderwerb und mit 1 Proz. von Grundbesitz der toten Hand zu erheben, landesrechtlich sanktioniert. Hiernach war der Grundbesitzbesitzer in Mannheim, abgesehen von der Grunderwerbsteuer, mit Abgaben in Höhe von 6 Proz. des Verkaufswertes belastet, wozu seit 1. April 1922 dem Reich, Land und den Gemeinden je 2 Proz. zuzurechnen.

Das Finanzausgleichsgesetz vom 23. Juni 1923 übertrug das Aufkommen an Grunderwerbsteuer in voller Höhe abzüglich 4 Prozent Verwaltungskosten den Ländern, die verpflichtet sind, davon den Gemeinden mindestens die Hälfte zu überweisen. Das Zuschlagsrecht der Länder und Gemeinden von bisher höchstens 2 Proz. ist, wenn eine Wertzuwachssteuer nicht erhoben wird, auf höchstens 4 Proz. des steuerpflichtigen Wertes erhöht. Anschließend hieran verfiel ein am 19. Juli d. J. im badischen Landtag angenommener Beschluß: a) vom Landesanteil an der Grunderwerbsteuer (4 Prozent des Wertes abzüglich 4 Proz. des Ertrags als Verwaltungskosten des Reichs für die Verwaltung) erhalten vom 1. April 1923 ab die Kreisgemeinden die Hälfte; b) der Gemeindeanteil dürfte 4 % des Wertes nicht übersteigen; c) die Wertzuwachssteuer solle bei den vom 3. Juli 1923 an in Baden vollzogenen Veräußerungen bis auf Weiteres nicht mehr erhoben werden. Die Reaktion hat in Aussicht gestellt, im Einvernehmen mit den Gemeinden eine praktische Realisierung der Zuschlagsbestimmungen vorzubereiten, die im Einklang mit den reichsrechtlichen Vorschriften gemeinam sei, sowohl den berechtigten Bedürfnissen des Grundbesitzbesitzers als auch den berechtigten Interessen der Gemeinden Rechnung zu tragen.

Die Reichschronik. Im Alter von 86 Jahren ist der bekannte Bildhauer Professor Karl Heinrich Roett in Karlsruhe gestorben. Die Wiener Akademie der bildenden Künste hat (wie Prof. Dr. Hugo Lederer, der Berliner Bildhauer, durch einstimmigen Beschluß zu ihrem Ehrenmitglied ernannt. Die Auszeichnung wird ihm, nachdem Gerhart Hauptmann und Max Liebermann sie eben gleichfalls erhalten, dem dritten deutschen Künstler verliehen. — Neben durch die Folgen des Weltkrieges die deutsche Schauspielkunst auch aus dem jetzt zu Rumänien gehörigen Siedebirgen ausgetrieben war, soll ihr nun wieder eine neue würdige Heimstätte in diesem Lande bereitet werden. Den Bemühungen des Professors Dr. Weßel, der sich um das Deutschtum in Rumänien schon sehr verdient gemacht hat, ist es gelungen, ein deutsches Theater für Rumänien ins Leben zu rufen, das nicht nur in Hermannstadt und Gernowitz, sondern auch in Bukarest Vorstellungen geben wird. Zum Leiter des Schauspielers ist Dr. Ernst Fandier, zuletzt Leiter des Deutschen Theaters in Reval, berufen worden. — Prof. Dr. phil. H. E. Wagner wurde zu seinem 80. Geburtstag von seinen als Kulturhistoriker der Landwirtschaft geleisteten Dienste von der Stadt Mannheim in Berlin zum Ehrenbürger der Landwirtschaft ernannt. Diese neueste Doktorwürde verliehen die Bonho. Hochschulen in Berlin, Hohenheim u. Bonn-Poppelsdorf.

Literatur

• Jolly Kopf, der veränderte Bedürfnis, humoristischer Roman von Karl Fischer. Dr. Grotzer u. Co. L.-G. Berlin. — Das Leben der Reichsminister, der Bundesminister, die Stadt der Gegenwart, in der glanzvolle Lebenskreise neben harten Frontdienst wohnt, bietet den Hintergrund zu diesem neuen Roman. Hier erfüllt sich das Schicksal des sich beschreibenden Buchhalters Kopf, der mit seinem Glück garnicht anfangen kann. Von dem Abgang des Großvaters, der gleichmäßig durch die Seitenlagen der Wohnung durch die durch die Straßen, Kontore und Erholungsstätten durchstreift, ist die merkwürdige Liebesgeschichte des sonntäglichen und gewöhnlichen Herrn Kopf umrissen, diese wunderliche, lächelnde Geschichte der verpöbten Begegnungen.

Die Klagen des badischen Einzelhandels

Der Staatspräsident.

In einer Besprechung beim badischen Staatspräsidenten, am Donnerstag nachmittag trugen Vertreter der Organisationen des Einzelhandels aus Karlsruhe, Mannheim, Freiburg, Freiburg am unter Führung des Verbandsdirektors Stadtrat Steinle ihre Klagen und Wünsche über die gegenwärtige Lage des Kleinhandels vor. Zusammenfassend erklärten sie, daß sie mit ihrer finanziellen Kraft am Ende seien und die Beträge zum Wiedereinkauf von Waren nicht aufbringen könnten. Sie müßten oft Nachzahlungen leisten an Waren, die sie bereits verkauft hätten und erlitten dadurch finanziell große Verluste. Der Einzelhandel bestehe nicht aus den Buchhändlern, Schiefern und Spielbuben, als welchen ihn ungerocherweise oft das Publikum hinstelle. Die Redner belegten mit Zahlen, wie sie manche Waren im Wiedereinkauf bezahlen müßten, nachdem sie diese vorher zu einem wesentlich niedrigeren Preis abgegeben hätten. Man dürfe sich auch darüber nicht im unklaren sein, daß die Verbraucher mit der Zeit einfach keine Waren zum Einkauf mehr vorfinden würden, wenn einzelne Geschäfte könnten nur noch einige Tage in der Woche verkaufen. Der Einzelhandel bestreite, daß er die Waren zu rückhalte; er brauche Geld zum Wiedereinkauf und deshalb verkaufe er, was er bestimme. Die Beschränkungen wegen angeblicher Wucherers, wie sie z. B. in Freiburg in der Zahl von etwa 140 vorgekommen sind, machten böses Blut. Man solle sich auch gegen die Kontrolle und Kontrolle des Großhandels wenden; er setze die Dollarpreise fest und der Einzelhandel müsse in Markt verkaufen. Das sei höchst ungerecht. Der Einzelhandel sei der Preisgeber der gesamten Bevölkerung; auf seine Kosten beruhe man die Wästen. Die Volkswirtschaft müsse auf die Not des Kleinhandels Rücksicht nehmen; Arbeiter und Angestellte sollten gemäßigt sein, die zu kaufenden Waren ebenfalls in Beträgen zu bezahlen, die der Godandlung entsprechen, wenn sie doch selbst nach dem Wert und entlohnt sein wollen. Die Preisstabilität könnte bei dem jetzigen Steigen und Fallen des Dollars einfach nicht mehr ausgesprochen werden. Der Einzelhandel schlage die Preisausgleichung mit einer Grundziffer vor unter Preisung eines Multiplikators. Dann wählte das kaufende Publikum, was die Waren kosten. Im Buchhandel, im Spielgerätee usw. sei ebenfalls der Multiplikator eingeführt. Die badische Regierung solle hierzu die Genehmigung bei der Reichsregierung nachsuchen und ihrer Wucherpolitik entsprechend dienstliche Anweisungen zu geben lassen. Grundpreis und Multiplikator sollten als Preisausgleichung gelten, damit würde sich der Einzelhandel abfinden, da er doch nicht in fremder Währung ausgezahlt dürfe.

Ein Vertreter der badischen Konsumvereine, die ebenfalls geladen waren, wies nach auf die Komplexiertheit der ausländischen Währungen aufmerksamer; der Kaufmann könne sich nicht mehr aus jedem Geschäft machen sich eine andere Goldmark und Feinstadt zurecht. Er verlor die für den Kaufmann. Einzelne Geschäfte entziehen bereits Personal, weil sie nichts mehr zu verkaufen hätten. Er beklagte wie der Staatspräsident ebenfalls das Versagen der Steuererhebung. Das Urteil des Bundeslandes darüber sei sehr schlimm.

rechts, als den finanziellen Interessen der Gemeinden Rechnung tragen und an die Stelle der jetzt gestroffenen vorläufigen Regelung treten könne, sobald die Währungsfrage gelöst sei. Angeht die geschiedenen Rechtslage erübrigt für die Stadt Mannheim nur die Berücksichtigung, den im Frühjahr 1920 einsetzenden Aufschwung zum Gemeindefiskus der Reichswertzuwachssteuer bis auf Weiteres zu erhöhen und laut dessen den leistungsfähigen Gemeindeausgaben zur Grunderwerbsteuer mit 2 Proz. vom Wert des freien und 1 Proz. vom Wert des abunden Grundbesitzes auf 4 bzw. 2 Proz. zu erhöhen.

Die Wertzuwachssteuer lieferte der Stadtkasse bis in die jüngste Zeit erhebliche Beträge. Für die Zeit vom 1. April 1920 bis zum Schluss des Kalenderjahres 1922 sind an Gemeindeanteil und Zuschlag 4.244.851 M., wozu im Januar bis März 1923 schon 10.639.096 M., und in den Monaten April bis März 1923 schon 40.478.588 M., Juni 29.653.500 M., insgesamt also seit Bestehen des Gemeindeauschusses 108.365.945 M. eingegegangen. Der Gemeindeauschlag zur Grunderwerbsteuer lieferte folgende Erträge: Oktober 1919—Dezember 1922 9.071.494 M., Januar—März 1923 7.198.312 M., April 1923 7.719.634 M., Mai 5.604.505 M., Juni 6.418.484 M., seit Einführung der Grunderwerbsteuer und des Zuschlags 36.212.429 M., bis Sonderausweisung des Reiches vom 2. Januar 1923 2.814.377 M., für die Dauer der Sonderausweisungen 4.083.287 M., aus diesen Zahlen erhellt, daß die erhöhte Grunderwerbsteuer den Ausfall, den die vom Reich beliebige Verminderung der Grunderwerbsteuer den Gemeinden zufällt, auch nicht entfernt wird zu decken vermögen.

Neue Schlüsselzahlen

Neue Schlüsselzahl der Kerze

Die Gesellschaft der Kerze erhob die Säge für die Brennung in der Speichstunde vom heutigen Montag ab auf 100.000 (200.000) und für den Besuch beim Patienten auf 100.000 (200.000).

Preismultiplikator für Bäder und Kurorte

Der vom Reichsverband der deutschen Hotelbesitzer, dem Allgemeinen Deutschen Verband, dem Verband der Fremdenheimel und dem Verband ärztlicher Heilanstaltsbesitzer herausgegebene Preismultiplikator für Bäder und Kurorte wird auf 100.000 (85.000) erhöht.

Die Schlüsselzahl der Buchhändler

Der deutsche Buchhändlerbörtenverein erhob die Schlüsselzahl im Buchhandel auf 300.000 (120.000).

Die Schlüsselzahl der Damenkonfektion

Die Wertmaßzahl in der Damenkonfektion und die Schlüsselzahl im Textil-Einzelhandel ist mit Wirkung vom 13. August auf 49.000 (31.000) erhöht worden.

Erhöhung der Schlüsselzahl in der Wollebranche

Die Damenkonfektions- und Kostümstoffe und die Wollebranche des Textilverbands (Verband der Fabrikanten halbwoollerer und wollener Stoffe) und des Verbandes Deutscher Krimmer- und Wollewaren-Fabrikanten lautet mit Wirkung vom 11. Aug. ab 3744 (1789).

Neue Preisregelungen im Textilfach

Die Schlüsselzahl des Verbandes der Deutschen Bereidungsanstalten für baumwollene Gewebe beträgt, wie die Textil-Wochenmelde, wie bisher 200.000 bei einem Dollarkurs von 1 Million M. Der Rechnungsbetrag erhöht sich für je 10.000 Punkte Dollarkreisung um 1 Proz. Ausgenommen sind die noch rückständigen Zahlungen für Waren, die in der Zeit vom 2. Juli bis 7. August eingeleitet und fertiggestellt worden sind; für diese Zeit gilt vom Montag den 13. August ab eine Schlüsselzahl von 700.000.

Preiszuschläge in der Maschinenindustrie

Der Verband Deutscher Maschinen-Fabrikanten G. B. hat laut „Konfessionär“ auf Grund des Vorbeschlusses der Zahlungs- und Lieferungsbedingungen vom 6. Juni 1923 für die in der Zeit vom 6. bis 11. August 1923 zur Ablieferung gelangende Aufträge folgende Preiszuschläge festgelegt: Für Aufträge vom 6. bis 13. Juni 1923 18 1/2 Proz., 14. bis 19. Juni 1923 20 Proz., 20. bis 26. Juni 1923 22 1/2 Proz., 27. Juni bis 3. Juli 1923 24 1/2 Proz., 4. bis 9. Juli 1923 27 1/2 Proz., auf Grund des Materialpreisanstieges. Hierzu treten die außerdem als Kostenausgleich vorbeschriebenen Preisänderungen nach der Rohmateriallage, die für alle Verkäufe, die nach dem 6. August zum Verkauf gelangen, wie folgt festgelegt wurden: Für Aufträge vom 13. Juni bis 8. Juni 18 1/2 Proz., 9. bis 16. Juni 19 1/2 Proz., 17. bis 25. Juni 10 1/2 Proz., 26. Juni bis 4. Juli 8 1/2 Proz., 5. bis 9. Juli 7 1/2 Prozent.

Preisermäßigung für Tapfserie

Die Vereinigung Deutscher Tapfserie-Fabrikanten G. B. hat laut „Konfessionär“ mit Wirkung vom 11. August für Verkäufe ab 1. Jan. den Aufschlag auf 40.000 (50.000) Proz. für Verkäufe ab 1. Oktober bis 31. Dezember 1922 auf 100.000 (200.000) Proz. festgelegt.

Auf zur Tat!

In den letzten Tagen sind aus der Rheinpfalz wieder etwa 450 Eisenbahner mit ihren Familien, im ganzen etwa 2500 Personen, von den Franzosen ausgewiesen, also das Haus und Hof und aus der lieben Heimat vertrieben worden, weil sie dem heroischen Feinde die ihm so dringende notwendige Dienstleistung bei seinem Regimentsbahnbetrieb verweigert haben. Die Ausgewiesenen trafen in prächtiger Stimmung in Mannheim und Karlsruhe ein und wurden nach Begrüßung und Bewirtung ihren vorläufigen Aufenthaltsorten in Baden, Württemberg und im rheinrheinischen Bayern zugeführt.

Alle müssen gut untergebracht, für alle muß hinreichend gesorgt werden. Mit Stolz muß Deutschland auf die mackren Kämpfer blicken, die in echt deutscher Treue und Gesinnung dem Feind und seinen rechtlosen Gewaltmaßnahmen den jähesten Widerstand entgegenstellen. Sie lassen sich nicht schrecken und beugen sich nicht der brutalen Bedrückung, sie gehen ungezogen aus der engeren Heimat fort zu ihren Brüdern und Schwestern über den Rhein.

Ihr auf der rechten Seite des Rheins aber nehmt sie in gleich deutscher Treue auf, verleiht ihre Beiden und lindert in deutscher Nächstenliebe mitfühlen wo ihr könnt. Bedenkt, daß sie hoch und weit zurückfliehen müßten und nur das notwendigste an Nahrung und Kleidung mitnehmen dürfen.

Jögert nicht und helf! Keine Hilfe ist not! Auf zur Tat! Bergehe nicht, daß sie auch für Euch haben und leiden.

3 Pässe und Personalausweise abholen! Die Polizeidirektion teilt mit, daß eine große Anzahl Pässe und Personalausweise teils mit, teils ohne Visum von Ludwigshafen übermittelt wurde. Sie können auf den zuständigen Polizeidirektionen abgeholt werden. Auch die vor einiger Zeit zur Visierung übergebenen Pässe und Ausweise werden zurückgegeben.

• Eine Hilfsbanknote der Badischen Bank. Eine Hilfsbanknote über eine Million Mark bringt die Badische Bank zur Bedeckung der Zahlungsmittelnot in den Berthe. Die Scheine haben eine Größe von 7,8x16 Zentimeter, sind auf weißes Wasserzeichenpapier gedruckt und tragen in grau-violetter Farbe einen kreisförmigen Untergrund. Das Wasserzeichen besteht aus einer in sich geschlossenen Gruppe der drei dunkelviolettenden Buchstaben C. F. M., innerhalb eines hellwärtigen Linienornamentes. Die Fläche des Untergrundes wird unterbrochen durch weiß ausgepartete Worte und Ziffern. In den beiden oberen Ecken ist in dieser Weise eine Million, in den unteren Ecken B. B. und in der Mitte in Ziffern 1 Million angebracht. Die einheitlich gewählte Schrift ist schwarz gedruckt. Die Rückseite ist ohne Aufdruck.

• Ausgabe neuer Reichsbanknoten. Im Anzeigenteil vorliegender Ausgabe veröffentlichen wir die Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums über die Ausgabe neuer Reichsbanknoten über 100.000 Mark und über 500.000 Mark vom 25. Juli 1923.

• Erntemesser. Die Getreidernie ist in den meisten Gegenden noch in vollem Gange. Seit diesen Jahren dürfte kein so günstiges Erntemesser mehr dagewesen sein. Was der Juni durch seine Räte und Räte fähig gemacht und verzögert hat, hat der heiße Juli nach besten Kräften gutzumachen versucht und der August gestützt mit glücklicher Weise, die Erntearbeiten ohne jede Störung durchzuführen, was angesichts der wirtschaftlichen und Ernährungsmittel unseres Volkes von großer Bedeutung ist. Ein unerwartetes Zeichen ist die erdendernde Zunahme der Feldfrucht, die mit den Erntearbeiten Hand in Hand gehen. Im übrigen ist es aber ein Trost in der sonst so schimmen Bode des deutschen Volkes, daß eine wenigstens noch Quantität und Qualität gut ausgearbeitete Getreidernie eingebracht werden kann.

• Diebstahlschronik. Entwendet wurden in der Nacht zum 5. August früh 1 1/2 Uhr im Hauptbahnhof beim Passieren der Sperre eine brauneleberne Brieftasche mit 240.000 M. Bargsch, ein Koffert vom Begleitamt Schweligen, 2 Kassen des Touristenvereins „Naturfreunde“, alles auf den Namen Karl Geyer aus Mingens lauten; in der Zeit vom 6. Aug. aus einem Hausgang in M. S. ein Rindertransportwagen; in der Nacht zum 7. Aug. ein weißgrauer, franz. männlicher, 6 Wochen alter Bogen; am gleichen Tage aus dem Vorraum der Dresdener Bank P. S. ein gut erhaltenes Herrenfahrad, Marke Opel; am gleichen Tage aus einer verlassenen Wohnung am oberen Güterpark, 3 versilberte Gabeln, 5 Hb. Kaffeebecher u. a. mehr; am gleichen Tage aus dem Eingang zur Polizeimeisterei L. 6. ein Herrenrad; am gleichen Tage aus der Redarwiese, rechtses Ufer, zwischen der alten und neuen Brücke, einem Bäder, während er dabei, eine dunkelbrauneleberne Brieftasche mit 113.000 M. Bargsch und verschiedenen Papieren auf den Namen „Josef Niedrowski“ lauten; in der Nacht zum 10. Aug. durch Einfliegen durch das offene Oberdeck der Wirtschaftsstäre, aus der Wirtschaft „Kleine Volkshaus“, folgende Gegenstände: 1 Herrenfahrad, 1 Kaugrauer Steinopf mit ungefähr 20 Bb. Schweinefleisch, 1 gelber Topf mit 5 Bb. Schweinefleisch, 100 Zigaretten, 30 Zigaretten, 3 rote und 3 weiße Tischdecken u. a. mehr.

Veranstaltungen

3. Konzert im Städt. Schauspielhaus. Das vereinte Bandorchester...

3. Solfège-Abend im Freibadpark. Die regelmäßigen Konzerte...

Aus dem Lande

r. Lobdeng, 13. Aug. Die ersten reifen Trauben können...

3. Bon der Bergstraße, 12. Aug. Die derzeitige mäßige...

St. Märgen, 13. Aug. Ein 12-14 Jahre altes Mädchen...

Schlott am Randen (Bezirk Engen), 13. Aug. Während eines...

Hombingen (H. Donaueschingen), 13. Aug. Zu dem schweren...

Kommunale Chronik

Kleine Mitteilungen

Der Karlsruher Stadtrat hat um der Zahlungsmittel...

Der Konstanzer Stadtrat hat beschlossen, das Stadt...

Auf der Stuttgarter Straßenbahn ist ebenfalls...

In Eisen sind die Gas-, Wasser- und Strompreise...

In Hamburg beschloß der Magistrat, zur Befestigung...

Neues aus aller Welt

Der kleine Banker. Aus der in Zürich herrschenden...

14 Millionen beim Kartenspiel verloren. Ein Kleinrentner...

Der Zug mit Harding's Orenum verunglückt. Der Zug...

Eine amerikanische Hühner. Die Times erfahren aus...

Der deutsche Außenhandel im Juni 1923

(Mengen in 1000 dt)

Der Rohreibruch und die Abschmürung des gesamten...

Table with columns: Einfuhr, Ausfuhr, Juni, Mai, Juni, Mai. Rows: Gesamt, Lebensmittel u. Getränke, Rohstoffe u. halbfert. Waren, Fertige Waren.

Ebenso muß wiederum der Vorbehalt gemacht werden...

Nicht unerwähnt bleiben darf, daß auch die Einfuhr...

Erlaß der Ausfuhrabgabe für die besetzten Gebiete

Durch die Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers...

Generalversammlungen in der Rückforth-Gruppe

In der a. G.-V. der Ferd. Rückforth Nachf. A.-G. in...

H. Richards A.-G. in Siegburg bei Bonn. In der G.-V. wurde...

Die G.-V. der Weinbrennerei Hch. Raetsch A.-G. in...

Aktiengesellschaft für Tierhaarverwertung in Durlach...

Württembergische Transport-Versicherungs-Gesellschaft...

Börsenberichte

Mannheimer Effektenbörse

* Mannheim, 13. Aug. An der Börse herrschte Verkaufsneigung...

Table with columns: Ver. Jute, Ver. Anilin, Ver. Zucker, Ver. Baumwolle, Ver. Kupfer, Ver. Zinn, Ver. Silber, Ver. Gold.

Table with columns: Dtsch-Ostf., Hav-Guldb., Diamant, etc.

Table with columns: Deutsche Petr., Adler Kalk, Agl. Alf., etc.

Devisenmarkt

Mannheimer Devisenmarkt, 14. Aug. (9.30 vorm.) Nach...

Table with columns: New York, London, Paris, etc.

* New York, 13. Aug. Kurs der Reichsmark bei Börsenschluß...

Umrechnungskurse für die Berechnung der Ausfuhrabgabe in Gold

Table with columns: 100 argentinische Pesos, 100 australische Dollar, etc.

Waren und Märkte

Mannheimer Viehmarkt

Zum Mannheimer Viehmarkt vom 13. August waren...

Serliner Metallbörse vom 13. Aug.

Table with columns: Elektrolytkupfer, Raffinierter Kupfer, etc.

Table with columns: London, 12. Aug. (WB) Metallmarkt, etc.

Amerikanischer Fundmarkt

Table with columns: Kaffeebonn, Baumwolle, etc.

Table with columns: Chicago, 12. Aug. (WB) Fundmarkt, etc.

Schiffahrt

Dampferbewegungen des Norddeutschen Lloyd, Bremen...

Wetterstandsbeobachtungen im Monat Aug.

Table with columns: Regen-Tage, etc.

Mannheimer Wetterbericht v. 14. Aug. morgens 7 Uhr...

Film-Rundschau

Das Union-Theater bringt, wie gewohnt, ein ausgezeichnetes Programm. Der fabelhafte Roman illustriert ein Bild Lebensgeschichte der 'Fürstin der Djeanwerff'.

Sportliche Rundschau

Ein neuer Weltrekord im Distanzrennen wird aus Finnland gemeldet. Der Odiöborger Kampfsportler Rittima warf den Diskus 47,90 Meter und überbot die Weltbestleistung des Amerikaners Duncan um 32,4 cm.

Arbeit, die dieser Verein mit dem Bau seines Seglers geleistet hat. Lepper erreichte große Höhe und landete nach einem Flug von 15 Minuten 3 km von der Startstelle entfernt.

Radspport

Schwere Strafen für Rennfahrer. Der Verband Deutsche Radrennbahnen hat sich in Leipzig mit der Startzulassung von Schürmann, Schrage und Stabe zu beschäftigen.

Autospport

Georg Kellens f. Der bekannte Motorradfahrer Georg Kellens-Charlottenburg, der am Mittwoch bei dem Wettbewerb um die Deutsche Motorradmeisterschaft zu Leipzig in der vorletzten Runde zu Fall gekommen war, ist seinen Verletzungen erlegen.

Offene Stellen

Bosch. Wir suchen für unser Stuttgarter und Feuerhohler Werk einige Kaufleute (nicht über 30 Jahre alt) mit guter Schulbildung u. guten kaufmänn. Kenntnissen.

Großmühle. Sucht zum Eintritt per 1. Oktober 1923 aber früher möglichen, selbständigen Konto-Korrent und Journal-Buchhalter bescheiden einen Buchhalter für kleinere Buchführung, sowie einen Lehrling.

Perfekte Stenotypistin. von bedeutender Individualität im Schreivort geschult. Bemerkungen mit Bedenken, Zeugnisabschriften, mündlich auch stenographisch, unter Angabe von Referenzen, Eintrittstermin und Gehaltsansprüchen unter D. K. 159 an die Geschäftsstelle.

Zum baldigen Eintritt suchen wir gewandte, zuverlässig arbeitende Stenotypistinnen. Schriftliche oder persönliche Bewerbungen sind zu richten an Braun, Boveri & Cie., Aktiengesellschaft Mannheim-Käfertal. E274

Reparaturwerk. Kleinfeldstr. No. 12. Transformator-Motoren-Apparate etc. Domsgen & Geiger Elektr. Ges. Mannheim

tüchtige Bankbeamte. Suche per sofort oder 1. Oktober für Buchhaltung und Revisionsabteilung. Bankhaus Baruch Strauß Frankfurt a. M. Eschenheimer Anlage 33/34.

Abteilungsleiter. zu engagieren. Schriftliche Angebote erbeten unter D. K. 187 an die Geschäftsstelle b. EN.

Gewandte Stenotypistin sofort gesucht. Schriftl. Ang. erb. an Arthur Haendler G. m. b. H., Stadlagger, Mannheim-Industriegebiet, 1979

Mädchen. gegen gute Lohn auf sofort od. bald, evtl. auch für 1/2 Tage gesucht. 1478 Westring 33 III.

Wachtmeister. 30 Jahre alt, verb. gel. Handwerker, sucht irgendw. Beschäftigung. 1441

Vertrauensposten. oder sonst einflussreiche Position. Gest. Angeb. unter H. A. 17 an die Geschäftsstelle b. EN.

Verkaufe. Kleines Häuschen zu verkaufen. 2025 in der Geschäftsstelle. 1401

Herrenrad. zu verkaufen. 1475

Miet-Gesuche. Wohnungstausch. sofort oder später. Wohnort: Schön 2 Zimmer-Wohnung in Wiesbaden.

Kellerräume. oder sonstige Lagerräume möglichst im Zentrum der Stadt auf die Dauer von 6 Monaten gesucht.

Handkarren. zu kaufen gesucht. Gebote mit D. F. 158 an die Geschäftsstelle. 1871

Hund entlaufen. Großer Rotweiler-Goldhund entlaufen. Abzurufen gegen gute Belohnung bei

MANNHEIM

